Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

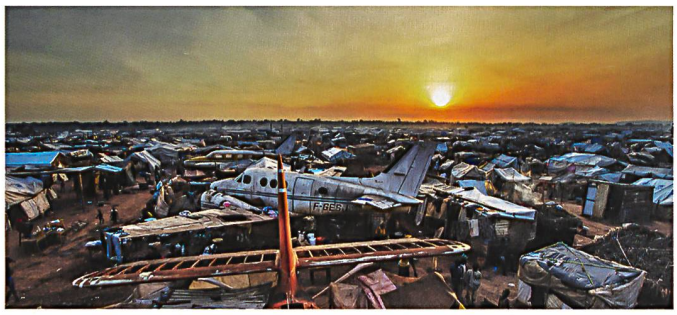
Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zentralafrikanische Republik

Seit fünf Jahren Krieg

Als 2013 eine Koalition von Rebellen die Hauptstadt Bangui (die Stadt mit der zweitschlechtesten Lebensqualität weltweit) einzunehmen versuchte, löste dies einen massiven internen Konflikt aus. Ohne grosse Kenntnisnahme durch den Rest der Welt fand seither in der Zentralafrikanischen Republik ein Blutvergiessen und eine ethnische Segregation statt, welche bis anhin unerreicht blieb. Ausgehend von Zusammenstössen zwischen der hauptsächlich muslimischen Séléka-Rebellenkoalition und den meist christlichen Anti-Balaka-Milizen, haben bis heute andauernde Kämpfe das Land innert fünf Jahren ruiniert. Hunderttausende von Menschen wurden dabei entwurzelt und sind aus Sicherheitsgründen in das benachbarte Kamerun, die Demokratische Republik Kongo, den Tschad und die Republik Kongo geflohen. Aktuell benötigen mehr als die Hälfte der geschätzten 4,6 Mio. Einwohner des Landes irgendeine Form von humanitärer Hilfe, so eine Einschätzung der Vereinten Nationen. Etwa 700 000 Personen gelten als Binnenflüchtlinge, das heisst als Vertriebene im eigenen Land. Das ist mehr als eine Verdoppelung innert den letzten zwölf Monaten. Eine halbe Million Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik befinden sich derweil in den angrenzenden Nachbarländern, ein Anstieg von etwa 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bemerkenswert ist, dass es trotz der schlechten Sicherheitslage gelang, etwa 1500 sudanesische Flüchtlinge freiwillig in ihre Heimat nach Darfur rückzuführen. Aber der jüngste Anstieg der Gewalt, insbesondere im Nordwesten des Landes, hat seit Ende Dezember über 17000 Zentralafrikaner zur Flucht in den Tschad veranlasst, was einem zehnfachen Anstieg gleichkommt und damit zum grössten Flüchtlingsstrom seit 2014 führte. Um diese Katastrophe einzudämmen, versucht das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR), Ortschaften ausserhalb des Landes, meist im Tschad zu identifizieren, wohin Flüchtlinge umgesiedelt werden können. Die Region gilt zudem als eines der grössten Malariagebiete, und verschlimmert die Situation deshalb noch weiter. Neuankömmlinge in den Flüchtlingslagern, die zum Teil von Fieber, Durchfall und Atemwegsinfektionen betroffen sind, werden von internationalen Helfern und den Vereinten Nationen betreut. Allein der Tschad beherbergt etwa 80000 Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik. Vertriebene berichten, dass bewaffnete Gruppen ihre Dörfer angegriffen, Häuser in Brand gesetzt, Nahrung geplündert und wahllos Menschen ermordet haben, so der Sprecher des UNHCR, Adrian Edwards. Lokale Behörden erklärten zudem, dass alleine in den letzten Wochen mehr als 15000 Häuser niedergebrannt und mehrere Hundert Menschen im Nordwesten des Landes getötet wurden. Die Zahlen dürften um ein Vielfaches höher sein, denn infolge der andauernden Kämpfe bleiben viele Gebiete unzugänglich. Die Zentralafrikanische Republik stellt aktuell «eine der vergessensten Vertreibungskrisen der Welt» dar, in der wohl die Hälfte der Bevölkerung noch in diesem Jahr mit Hunger konfrontiert werden wird, so Edwards. Letztendlich scheint die Situation aber noch hoffnungsloser als dargestellt, denn von den für UNHCR-Hilfe beantragten 210 Mio. US Dollar im Jahr 2017 wurden nur knapp zwölf Prozent finanziert.



Vertriebene wurden vertrieben: nunmehr aufgelöstes M'Poko Camp in Bangui. Bild: IRC/rescue.org

Westsahara

Der vergessene Konflikt

Seit dem das Gebiet 1912 unter Spanien und Frankreich aufgeteilt wurde, findet man an der nordwestlichen Küste Afrikas – dort wo die Sahara auf den Atlantik trifft – keine Ruhe. Marokko, welches das Territorium der Westsahara seit dessen Entlassung aus der spanischen Kolonie im Jahre 1975 für sich beansprucht, zeigt sich weniger denn je an einer Lösung des Problems interessiert. Die UNO listet die Westsahara als nicht selbstverwaltetes Territorium auf und sagt, die Region habe ein Recht auf Selbstbestimmung. Dass sich deshalb seit den Siebzigerjahren der marokkanische Staat und die Polisario (Frente Popular de Liberacion de Saguia el Hamra y Rio de Oro) einen nicht enden wollenden Streit liefern – der, als er in einen veritablen Krieg ausartete, von der UNO mittels einem Waffenstillstand samt Militärbeobachtermission beendet werden konnte, hilft gleichfalls nicht, den Konflikt zwischen den Sahrauis der Westsahara und den Marokkanern zu befrieden. Erst zu Beginn des Jahres mahnte der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres beide Parteien zur Besonnenheit, als zunehmende Spannungen und Gebietsbesetzungen in der Region um Guerguerat in der südlichen Pufferzone den Konflikt wieder anheizten. Es geht wie an vielen Orten um Rohstoffe und damit letztendlich um Geld. Einerseits befinden sich in der Region ungefähr dreiviertel der weltweiten Phosphatvorräte, was Marokko ein Quasimonopol auf Dünger beschert. Das führt dazu, dass das Territorium der Westsahara – wo die meisten Vorräte vorhanden sind – weiter ausgebeutet wird. Andererseits bezahlt die Europäische Union dem Staat Marokko basierend auf einem Handelsabkommen jährlich etwa 35 Mio. Euro, um vor seiner Küste Fischfang zu betreiben. Für jede Tonne gefangenen Fisches muss zudem, bei Thunfisch beispielsweise 40 Euro, Geld an die Regierung und den König in Rabat abgeliefert werden. Das Problem, einer der weltgrössten «Sardinenhäfen» in Laayoune liegt in der Westsahara und das einheimische sahrauische Volk im besetzten Gebiet erhält nichts. Die EU lässt aber primär, nämlich 91,5 Prozent der Fänge, aus Gewässern vor

der Westsahara fischen. Als im Januar nun der Generalstaatsanwalt des Europäischen Gerichtshofs, Melchior Wathelet, eine Stellungnahme abgab, in der er dieses Abkommen für ungültig erklärt hat, fühlte sich die Polisario in ihrem Kampf bestätigt. Wathelet präzisierte seine Ausführungen, indem er darauf verwies, dass die EU «gegen ihre Verpflichtungen verstosse, das Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung zu respektieren und eine rechtswidrige Situation, die sich aus der Verletzung dieses Rechts ergibt, nicht anzuerkennen, und sie hätte nicht die erforderlichen Garantien geschaffen, um sicherzustellen, dass die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Westsahara den Menschen in diesem Gebiet zugute kommt.» Das Urteil sollte Anfang März durch den EUGH bestätigt werden. Ob Marokko dies akzeptieren wird, ist fraglich. Denn schon jetzt behindert es, als de facto Besatzungsmacht, bewusst den Zugang für Medien und internationale Beobachter. Dies wird kaum dem Frieden dienen. Sicher ist, dass es grosse Investitionen für den Wiederaufbau der Westsahara benötigt. Deshalb erklärt Mohamed Sidati, Polisario's Europa Delegierter: «Bitte investieren Sie nicht, wenn Sie damit die Besetzung verlängern. Es reicht nach 43 Jahren.»

Südafrika

Wenn am «Day Zero» das Wasser ausgeht

In Kapstadt geht man davon aus, dass der «Day Zero», also der Tag, an welcher der ersten Grossstadt der Welt das Wasser ausgehen wird, am 16. April bevorsteht. Derzeit erlebt die Stadt die schlimmste Dürre des vergangenen Jahrhunderts. Teile von Südafrika befinden sich nun im dritten Jahr einer Trockenheit, die die Versorgung mit Oberflächenwasser praktisch eliminiert hat. Doch viele Bewohner wurden sich der Problematik erst am vergangenen 18. Januar bewusst, als Kapstadts Bürgermeisterin Patricia de Lille verkündete: «Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es kein Zurück mehr gibt. Bis anhin hatte die Stadt gehofft, dass freiwillige Massnahmen zur Wassereinsparung eine wirkliche Krise verhindern würden. Doch die Stauseen Kapstadts wurden schneller entwässert als vorhergesagt: Haushalte und Unternehmen haben nicht so viel Wasser gespart, wie es sich die Regierung im aktuellen trockenen Sommer erhofft hatte.» Das restliche Wasser, also maximal knapp zwölf Prozent der Speicherkapazität, welches am «Day Zero» noch in den Reservoirs verbleibt, wird dann ausschliesslich an Krankenhäuser und kritische Infrastrukturen oder Gebiete, welche bereits jetzt auf kommunale Wasserhilfslieferungen angewiesen sind, verteilt. Die meisten der fast vier Millionen Einwohner der Stadt müssen aber an 200 Verteilpunkten für ihre persönliche Zuteilung anstehen. Die Behörden befürchten, dass dies zu grossen Ausschreitungen führen könnte.

Wasserabgabestelle in Kapstadt. Bild: water4capetown.org

Experten gehen davon aus, dass das öffentliche Leben zusammenbrechen wird. Deshalb wurde per Februar ein neues Gesetz erlassen, welches einerseits vorsieht, nicht mehr als 50 Liter Wasser pro Tag und Person zu verbrauchen und andererseits massiv höhere Preise für Wasser mit sich bringt.

China

Des Terroristen Lieferant?

Eine Expertenanalyse ergab, dass rund 90 Prozent aller Waffen, die von Terroristen im Nahen Osten benutzt werden, aus China und Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes stammen.

Bis zu 90 Prozent der von ISIS im Irak und Syrien beschlagnahmten Waffen stammen aus China, Russland und Osteuropa, heisst es in einem Bericht, über den die englische Dailymail schreibt. Der Bericht wurde von der «Conflict Armament Research» herausgegeben. US-Waffen machen demnach nur 1,8 Prozent der zwischen 2014 und 2017 sichergestellten Kriegs-Gegenstände aus, während 43,5 Prozent der Waffen alleine aus China kommen.

Die Analyse ergab weiterhin, dass 12,9 Prozent der gefundenen Waffen aus Rumänien stammen, während 9,6 Prozent aus Russland und 7,2 Prozent aus Ungarn kommen. Etwas mehr als 5 Prozent sind aus Bulgarien, 4 Prozent aus Serbien und 3,6 Prozent aus Deutschland. Nur 3,2 Prozent sind aus dem Irak, während 0,9 Prozent der Waffen aus dem Iran stammen, so die «Conflict Armament Research».

Die Zahlen scheinen wiederholte Behauptungen von ISIS-Propagandachefs, dass ein Grossteil der Waffen aus dem Westen käme, zu widerlegen, heisst es. Experten untersuchten 40000 Waffen, die von Terroristen in Syrien und im Irak verwendet wurden. Zu den gebräuchlichsten Waffentypen, die in der Analyse dokumentiert wurden, gehörten Sturmgewehre, mittlere Maschinengewehre, leichte Maschinengewehre und 40-mm-Werfer.

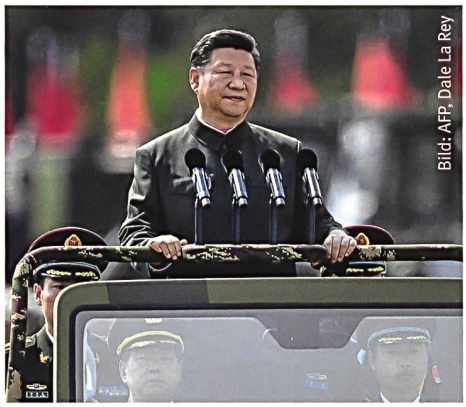
China

«Fürchtet weder Härte noch Tod»

Chinas Präsident Xi Jinping hat die Streitkräfte seines Landes aufgefordert, stets bereit für den Kampf und den Tod zu sein. Chinas Soldaten sollten «weder Härte noch den Tod fürchten», sagte Xi laut einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua vor tausenden Militärangehörigen bei einem Truppenbesuch in der Provinz Hebei in Nordchina.

Xi forderte zudem eine weitere Modernisierung des Militärs. Die Volksbefreiungsarmee müsse bei der Entwicklung von Hightech-Waffen sowie bei der «echten Gefechtsausbildung» zulegen. «Schafft eine elitäre und mächtige Kraft, die immer bereit zum Kämpfen ist», wurde Chinas Präsident zitiert. Die Soldaten müssten in der Lage sein, die ihnen «in der neuen Ära» von Partei und Volk auferlegten Aufgaben zu erfüllen.

Diese Ermahnungen, Teil einer seltenen Rede des chinesischen Präsidenten an die Truppen, kommen zu einer Zeit der wachsenden geopolitischen Spannungen in Asien. Peking beansprucht mit wachsender Bestimmtheit grosse Teile des Südchinesischen Meeres, während es gleichzeitig mit Japan um Inseln im Ostchinesischen Meer und mit Indien über Regionen im Himalaya streitet.



Xi Jinping bei einem Truppenbesuch.

Zudem sorgt die rapide Modernisierung des einst rückständigen chinesischen Militärs in den vergangenen Jahren in Asien und Washington für Beunruhigung. Xi, seit 2012 im Amt, ist als Kopf von Chinas Zentraler Militärkommission Oberbefehlshaber von mehr als zwei Millionen bewaffneten Streitkräften.

Burma

Burmas Armee gesteht Tötung von Rohingya

Das burmesische Militär hat erstmals zugegeben, an der Tötung von Rohingya beteiligt gewesen zu sein. Die Justiz des Landes hat unterdessen inhaftierte Journalisten angeklagt.

In Burma hat die Armee eine Beteiligung an der Tötung von zehn Angehörigen der muslimischen Rohingya eingeräumt. Die Armeeführung teilte mit, Soldaten und Bewohner des Dorfes Inn Din in der Krisenregion Rakhine hätten gestanden, Anfang September 2017 «zehn bengalische Terroristen» getötet zu haben.

Es ist das erste Mal, dass das Militär die Tötung von Angehörigen der muslimischen Minderheit einräumt. Bestätigt wurde in dem Zusammenhang erstmals auch die Aushebung eines Massengrabes in Inn Din. Im November hatte die Armee noch alle Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen zurückgewiesen.

Die getöteten Rohingya waren laut Armee in dem Dorf gefangen genommen worden, nachdem rund 200 Rohingya Grenzposten des Militärs angegriffen und elf Soldaten getötet hätten. Wegen der fortgesetzten Angriffe hätten es die Sicherheitskräfte als unmöglich angesehen, die zehn zu einer Polizeiwache zu bringen.

«Es wurde die Entscheidung getroffen, sie auf einem Friedhof zu töten», hiess es. Ein Mob von Buddhisten habe zunächst ein Grab ausgehoben und sei dann mit Messern sowie landwirtschaftlichen Geräten auf die Männer losgegangen. Zudem hätten vier der Soldaten das Feuer eröffnet, teilt das Militär weiter mit. Die Männer seien nicht im Kampf gestorben. Sowohl Soldaten als auch Rohingya-Dorfbewohner würden für den Vorfall entsprechend der Gesetze zur Rechenschaft gezogen.

Wegen blutiger Militäreinsätzen in Rakhine sind seit vergangenem August mehr als 640 000 Rohingya ins benachbarte Bangladesch geflohen. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Said Raad al-Hussein, sprach von ethnischen Säuberungen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Land und die Regierung um Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wegen kriegsähnlicher Zustände – und prangern systematischen Mord, Vergewaltigungen und das Niederbrennen von Dörfern an.

Koreanische Halbinsel

Kim Jong-un ruft zur Wiedervereinigung auf

Das nordkoreanische Regime hat in einer Botschaft «alle Koreaner daheim und im Ausland» zu einem «Durchbruch» in Richtung einer Wiedervereinigung mit Südkorea aufgerufen. Allerdings solle dabei auf Hilfe von anderen Ländern verzichtet werden.

In der Mitteilung der nordkoreanischen staatlichen Medien werden alle Koreaner angehalten, «den Kontakt, das Reisen und die Zusammenarbeit zwischen Nord- und Südkorea» zu fördern. Nordkorea werde in der Zwischenzeit alle Widerstände gegen die Wiedervereinigung «zerschlagen».

Die Koreaner sollten energisch darauf hinarbeiten, die akuten militärischen Spannungen zu entschärfen und ein friedliches Klima auf der Halbinsel zu schaffen. Als bisher wenig hilfreich hätten sich auf jeden Fall gemeinsame militärische Übungen mit «äusseren Kräften» erwiesen – eine Anspielung auf regelmässige südkoreanische Militärübungen mit den USA.

Die Botschaft wurde nach einer gemeinsamen Sitzung von Regierung und Parteienvertretern veröffentlicht. Das Treffen fand demnach statt, um Äusserungen von Nordkoreas Machthaber Kim Jung-un zu unterstützen. In seiner Neujahrsansprache hatte Kim die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehung zwischen Nord- und Südkorea geäussert. Anfang Januar liess die KCNA bereits eine ähnliche Mitteilung veröffentlichen.

Als jüngstes Entspannungssignal wird die Teilnahme nordkoreanischer Athleten an den Olympischen Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang gewertet. Formell befinden sich Nord- und Südkorea seit dem Krieg von 1950 bis 1953 noch immer im Kriegszustand.

USA

China statt Terror

Das US-Militär hat sich eine neue Doktrin gegeben. Sie gibt dem Kampf gegen China und Russland einen höheren Stellenwert als dem Krieg gegen den Terror.

Nach mehr als eineinhalb Jahrzehnten des Anti-Terror-Kampfes sollen sich die US-Streitkräfte stärker auf Russland und China konzentrieren. Die beiden Staaten seien eine wachsende Bedrohung und wollten eine Welt schaffen, die nach ihren autoritären Modellen funktioniere. In einem elfseitigen Dokument werden die neuen Prioritäten für die Verteidigungspolitik aufgeführt. Konkret dürften sie sich in Ausgabenwünschen widerspiegeln, die die Regierung an den Kongress schickt.

«Wir werden weiterhin die Kampagne gegen Terroristen vorantreiben, aber der Wettbewerb der Grossmächte – nicht Terrorismus – ist jetzt der primäre Fokus der Nationalen Sicherheit der USA», erklärte Verteidigungsminister James Mattis die neue Doktrin.

In dem Dokument wird Besorgnis über die Aufrüstung Chinas insbesondere im Südchinesischen Meer geäussert, zudem über Pekings Bemühungen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss überall in der Welt zu erhöhen. Auch gingen von China systematische Cyber-Angriffe aus, bei denen von US-Regierungseinrichtungen und privaten Unternehmen Daten gestohlen würden.

Besondere Sorge wird über aggressive militärische Schritte Russlands ausgedrückt. Als Beispiele werden die Invasion in der Ukraine mit der Annexion der Krim, Russlands Eingreifen im syrischen Bürgerkrieg und die mutmassliche Einmischung in die US-Wahl 2016 aufgeführt.

In den vergangenen 25 Jahren habe man sich auf andere Dinge als den militärischen Wettbewerb konzentriert. Die nun vorliegende Doktrin stellt also einen fundamentalen Wechsel dar. Mattis sagte offen: «Wir müssen in einem gewissen Sinn zurück zu den Grundlagen des Potenzials eines Krieges.» Priorität habe nun, für einen Krieg vorbereitet zu sein – «insbesondere für einen Krieg der Grossmächte».

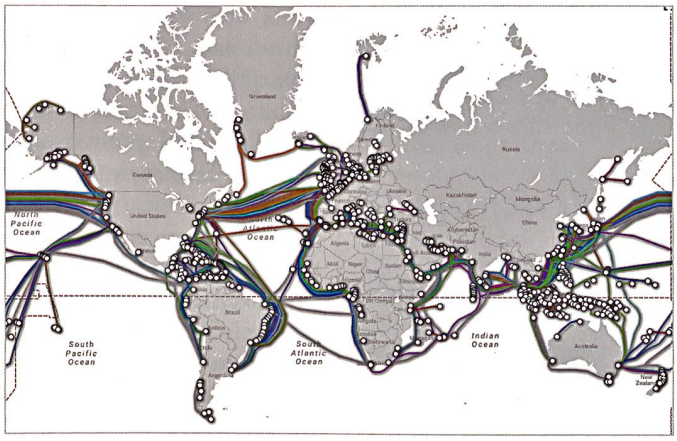
In dem Papier wird auch Nordkorea als Priorität genannt. Wegen der Bedrohung müssten sich die USA auf die Raketenabwehr konzentrieren. Die Staatsführung in Pjöngjang versuche aber auch, mit einem biologischen und chemischen Arsenal das eigene Überleben zu sichern.

In dem Dokument wird auch die Bedeutung internationaler Allianzen hervorgehoben. Eine Priorität sei, die NATO zu stärken. Die Partnerländer müssten ihre Verpflichtungen erfüllen und ihre Rüstungsausgaben steigern. US-Präsident Donald Trump fordert schon lange, dass die Europäer einen grösseren Beitrag leisten müssen.

Russland

Hybride Seekriegsführung

In den letzten drei Jahren stellte Russland 13 neue U-Boote in Betrieb. Seine Unterwasseraktivitäten erhöhte es seither um den Faktor fünf. Alle neuen U-Boote können klassische Unterwasseroperationen durchführen, das heisst offensive und defensive Missionen oder beispielsweise Sonderoperationskräfte an geeigneten gegnerischen (maritimen) Infrastrukturen absetzten. Neu ist indes, dass sich die russische Flotte zunehmend auf so genannte «hybride» Unterwasser- und Meeresbodenaktionen spezialisiert. Abgesehen hat man es auf besondere Anlagen, die beispielsweise der Kommunikation dienen. So werden zunehmend heimlich Unterwasserkabel angezapft, um diese bei Bedarf deaktivieren zu können. Offiziell spricht der Kreml dabei aber von Meeresforschung oder Rettungs-Aktivitäten. Als



Unterseekabel weltweit. Bild: submarinecablemap.com

Tiefsee-Sonderoperations-U-Boote wird eine eigens für diese Einsätze geschaffene neue Klasse von Unterseebooten bezeichnet. Solche, aus der Losharik-, Kashalot-, Paltus/Mini-U-Boot- und Kalitka-/Tiefseeboot-Klasse, können mittels speziellen Transportschiffen an jeden erdenklichen Ort gebracht werden und von dort aus ihre Aufträge ausführen. Einige bis in einer Tiefe von mehr als 6000 Metern. Die Einsatzleitung erfolgt meistens von so genannten Spionageschiffen aus, welche einzig dem Zweck dienen, die Informationsbeschaffung zu unterstützen. Mehrmals wurden schon Schiffe (beispielsweise die Yantar) in Gebieten mit einem erhöhten Aufkommen von Unterseekabeln beobachtet. Zum Einsatz kamen bemannte Unterwasserfahrzeuge und Unterseedrohnen. Aktuell ist Russland dabei, die gesamte Infrastruktur im Nordatlantik zu inspizieren. Die NATO hat bereits auf diese neu wahrgenommene Bedrohung mit Plänen zur Wiedereinführung eines nicht näher genannten, nach dem Kalten Krieg stillgelegten Kommandopostens reagiert, der zur Sicherung der Seeverbindungen im Nordatlantik beitragen soll. «Wir sehen jetzt russische Unterwasseraktivitäten in der Nähe von Unterwasserkabeln, von denen ich nicht glaube, dass wir so etwas je gesehen haben», sagte kürzlich US Navy Admiral Andrew Lennon, der Kommandant der NATO-Unterseebootflotte. Russland, so Lennon, interessiert sich eindeutig für die Unterwasser-Infrastruktur der NATO und der NATO-Staaten. Deshalb drängt die Allianz auch darauf, ihre U-Jagd-Fähigkeiten zu verbessern und fortschrittliche U-Boot-Detektoren zu entwickeln.

Pascal Kohler, Henrique Schneider